

**Unheroische Sprache des Krieges**

**T**apferkeit, das war neulich das Thema der Diskussion im Podcast der Bundeswehr, welcher den Namen *Funkkreis* trägt. Gesprächspartner war Oberstabsfeldwebel Jan Hecht, er ist Träger des Ehrenkreuzes für Tapferkeit. „Tapferkeit ist für mich das Durchhalten von schwierigen und gefährlichen Situationen“, sagt Hecht. Und: „Auch der Ängstliche kann tapfer sein, wenn er sich nur der Lage stellt.“ Es wird viel über Angst gesprochen in diesem Podcast. Sie wird nicht verdrängt, wie man das früher getan hätte. Der Tapfere lässt sie zu und hält das, was andere „tapfer“ finden, für normal. Der Heroismus verzieht sich so aus dem militärischen Sprechen. Es wird alltäglicher, aber auch technischer, was ein allgemeines Phänomen der Sprache ist und etwa auch im Sport, der ein ganz guter Gradmesser für sprachliche Entwicklungen ist, beobachtet werden kann. Im Fußballjargon heißt das gegenwärtige Modewort „Problemlösung“.

Was aus der Sprache des Krieges verschwindet, ist also die Drastik. Helmut Schmidt hatte den Zweiten Weltkrieg bekanntlich als „Scheißkrieg“ bezeichnet, was besonders markant war, denn nicht nur war er vom Soldatischen fasziniert, waren Pflichterfüllung und Disziplin für ihn prägend, er neigte sonst beim Sprechen zu hanseatischer Zurückhaltung.

Man kann den Verlust an Drastik am Begriff des Schlachtfelds ablesen. Noch spricht man bei den aktuellen Kriegen von einem Schlachtfeld. Interessanterweise kaum, wenn vom Gaza-Krieg die Rede ist; das Grauen soll hier mit dem fragwürdigen Begriff „Genozid“ gefasst werden. Öfter schon findet man ihn zum Ukraine-Krieg, was Sinn macht, denn weitgehend zum Stellungskrieg und zur „Materialschlacht“ (Olaf Scholz) geworden, erinnert er zu stark an den Ersten Weltkrieg, als dass die dort geborene Sprache vollends verschwinden könnte. Wenn hier vom „Schlachtfeld“ gesprochen wird, mag das Grauen im Hinterkopf also noch mitschwingen, öfter aber ist der Gegenbegriff zur Diplomatie gemeint. Ein beliebiges Beispiel, aber nicht zufällig aus dem Deutschlandfunk: „Nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Verhandlungstisch soll der Krieg in der Ukraine enden – diese Forderung ist weit verbreitet.“ Hier soll man nicht an die Hölle von Verdun denken, sondern an die Naivität der diplomatischen Option.

# Schleichende Aufrüstung

**Zeitenwende** Was Olaf Scholz drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verkündete, taucht mittlerweile als Zustandsbeschreibung auf, die noch nicht Vorkrieg heißen will, aber durchaus so verstanden werden kann. Was bleibt in ihr ungesagt – abgesehen vom wachsenden Verteidigungshaushalt?

**M**änner, denen ihr eigenes Leben etwas wert ist, sind aktuell nicht gern gesehen, weder hier noch im Osten Europas. Mit deutlich moralischem Impetus wettet daher der Innenminister Brandenburgs gegen die „fahnenflüchtige(n) Ukrainer“, die es tunlichst nicht mehr durch die Bürgergeld-„zu alimentieren“ gelte. Wie die mittelalterliche Burg, so gilt es nun die Konstruktion eines Staates zu verteidigen. Und zwar um jeden Preis. Im Denken des CDU-Politikers Michael Stübgen wiegt territoriale Integrität weitaus mehr als Freiheit und Unversehrtheit des Einzelnen. Gemeint sind nämlich „Wehrfähige“. Männer, die die ukrainische Regierung dringend braucht, um die Stellung an der über 1.000 Kilometer langen Front zu halten. Männer, allein 250.000 hierzulande, die seit Kurzem keinen neuen Reisepass mehr aus Kiev erhalten, um sie – Woldemyr Selenskysjs Ansinnen nach – zur Rückreise und zum Fronteinsatz anzuhalten. Jene Dringlichkeit mag in der akuten Lage des Angegriffenen einigen noch nachvollziehbar erscheinen, auch wenn sie de facto die individuellen Rechte auf Freiheit, Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit empfindlich beschneidet.

In Deutschland, wo manch einer bräsig auf dem gemütlichen Sofa über fabuliert, sieht die objektive Lage indessen anders aus. Wir sind nicht Kriegsparteien und sollen uns trotzdem für den Fall der Fälle „rüsten“, wozu auch alte Konzepte wie die Wehrpflicht aus der Schublade gezogen werden. Dass viele in ersten Umfragen dafür sind (solange sie selbst nicht gemeint sind – also vor allem nicht mehr ganz so junge Menschen und grau melierte Parlamentarier), überrascht kaum. Ein genauere Blick in das Konzept des Verteidigungsministers verspricht hingegen gerade für die jüngere Bevölkerung nichts Gutes. Zuerst werden nämlich die gerade Volljährigen adressiert und dann wiederum im Speziellen die Männer unter ihnen. Im Gegensatz zu den Frauen sollen sie den geplanten Fragebogen zur Wehrpflicht obligatorisch ausfüllen.

Statt mit dem Panzer durch die Tür will man also zunächst ein softes Vorgehen signalisieren. Dabei verschleiert diese Perwoll-Taktik nur, was sich ebenso in der Strategie der Ukraine offenbart: Männer sind Kanonenfutter, so lautet die mal implizite, mal explizite Botschaft. Kritik an dieser geschlechtspolitischen Diskriminierung nimmt man derweil kaum. Wo sind die feministischen Stimmen, die in den vergangenen Jahrzehnten zu Recht für Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau eintraten? Wo sind die Anwält:innen des Grundgesetzes, die den Gleichheitsgrundsatz als bedroht erachten?

Sehen wir einmal von der ganzen Pragmatik ab, auch von der kontroversen Diskussion, ob wir eine derartige Militarisierung unseres Landes überhaupt gutheißen wollen oder nicht, ob wir mehr oder weniger Waffen in den Osten liefern wollen. Es bleibt dann das krude Momentum eines sozialen und politischen Rollbacks in vergangene Epochen –

## Wehrpflicht in Schafswolle

## Die Stählung der Körper

**D**er erste und, soweit ich mich erinnere, einzige Parka meines Lebens stammte nicht aus einem Military-Store der US-Besatzer. Heidelberg, die nächstgelegene Bezugsquelle, war für eine 15-Jährige zu weit weg. Aber ich erinnere mich gut an das olivgrüne, strapazierfähige, wegen diverser Besetzungstätigkeiten meist dreckige Kleidungsstück, das in Ermangelung des Originals seinen Dienst tat. Wie sehr die damalige Linke ihren (uni-)formierten Körper öffentlich zur Schau stellte, wurde mir erst später klar – der Parka galt lang als antibürgerliches Symbol. Noch dialektisch geschult, schien das Paradoxe des vestimentären Codes erst später am Horizont der Modetheorie auf. Manche wähten sich schon damals im Krieg. Die kriegerische Aufrüstung war aber auch ein lustvolles Spiel, ob in farb-

gedeckter oder alternativ-bunter Kostümierung. Dass in Parka, Alpaka-Wolle oder wie die späteren Outfits daher kamen, ein Körper steckte, der bereit war zur Disziplinierung und mehr noch zur Selbstdisziplinierung, wussten die, die sich in Lesezirkeln oder akademischen Seminaren Michel Foucault reinzogen. Machtpolitik ist vor allem auch Körperpolitik, war da zu lernen, es ging um die strategische Aneignung und Regulierung des Einzel- und des Bevölkerungskörpers. Und je subjektiver sich das Selbst ergoss, desto gezielter seine gesellschaftlich-produktive oder auch zerstörerische Verwertung. Das therapeutisch angehauchte „Miteinander-Umgehen“ am WG-Tisch wanderte nun hartgespült als Soft Skills in den Managementsprech ein.

Die Disziplinierung und Normierung des Selbst ist ein Produkt des Kapitalismus, auch wenn vorangehende Gesellschaften schon davon wussten. In kasernenartigen Einrichtungen wurden die Zöglinge nicht nur auf den Krieg vorbereitet, sondern vor allem auf die (Lohn-)Arbeit, mit der Schule als Vorläufer. Ich habe noch in Anstalten gelernt, deren Architektur an diese Geschichte erinnert.

Doch ein relativ neues Phänomen ist die gezielte Arbeit am Körper, die das Fitness-Zeitalter hervorgebracht hat, mit der Arbeit Dritter oder der selbstkasteienden Arbeit am Selbst. Was einmal als Gesundheits- und Fitnessbewegung begann, um dem Wohlstandsbauch Paroli zu bieten, ist im Laufe der Jahrzehnte – und nicht zuletzt im Zuge neoliberaler „Entschlackung“ – zu einem Atteiler der Selbstperfektionierung geworden. Das ursprünglich an Männer adressierte Bodybuilding hat sich in ein geschlechtsübergreifendes, aber häufiger von Frauen betriebenes Bodyshaping verwandelt, das harte Arbeit bereithält, vom gezielten Training über die Ernährung bis hin zu nicht-invasiven mechanischen Verfahren zum Muskelaufbau und zur Fettreduzierung. Die Investments an Geld, Zeit und Energie sind enorm und haben weniger mit Lustgewinn als mit demonstrativer Leistungsbereitschaft zu tun. Es geht darum, sich selbst zu überwinden und dadurch ein besserer, heißt: menschlicher und verantwortungsvoller Mensch zu werden, der die Dinge im Griff hat und dies ausstrahlt, wie der Historiker Jürgen Martschukat erklärt, nach dem Motto „Schlanke Unternehmen, schlanker Staat, schlanker Körper“.

Flankiert wird diese Stählung des Körpers von mentaler Aufrüstung, die in Krisenzeiten besonders wichtig wird. Es genügt ja nicht, sich in guter körperlicher Verfassung in den Kampf der Fittesten zu werfen, es bedarf einer Widerstandsfähigkeit, die einen das aushalten lässt. Die vom Verteidigungsminister geforderte „Kriegstüchtigkeit“ haben wir als Zivilisten also bereits eingeübt, in einer allumfassenden Konkurrenzgesellschaft. Auch wenn es bei den Verteidigungsjahrgängen noch fehlt an innerer Bereitschaft für den Krieg.

So ist die militärische Stählung des Körpers von der zivilen abgelöst worden, auch wenn ein Guttteil der jungen Menschen für die Bundeswehr nicht taugt. Das ist zwar kein gutes Gesundheitszeugnis, bewahrt die Jugend aber vor Mobilisierung. Ein schwacher Trost. *Ulrike Baureithel*

## Wissenschaft ohne Zivilklausel

**I**ch hab geträumt: Die Zeitenwende verändert vieles – ein 100-Milliarden-Euro-Paket für Forschung und Entwicklung für den Frieden wurde verkündet, um in Zukunft aufkommende Konflikte frühzeitig erkennen und friedlich lösen zu können. Waffenexporte in Krisengebiete wurden vollständig eingestellt, die gesamte Gesellschaft wurde auf Friedensfähigkeit eingeschworen, das Verteidigungsministerium zum Ministerium für zivile Verteidigung umfunktioniert, die Bundesrepublik trat sofort dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag bei, und es wurden alle Abrüstungsverhandlungen wiederaufgenommen. Die gesamte Wissenschaft und Forschung wurde auf zivile Projekte verpflichtet, jede Hochschule, Universität und Forschungseinrichtung musste eine Zivilklausel in der Satzung verankern, und Dual-Use-Forschung war nur zulässig, wenn sie zu mindestens 80 Prozent zivilen Charakter hatte. Alle Kriege, unabhängig davon, wo sie stattfanden und wer beteiligt ist, wurden aufs Schärfste verurteilt, und die Regierung hat sich aktiv in Vermittlungsbemühungen eingehalten und wurde aufgrund ihrer historischen Verantwortung von allen Ländern respektiert.

Wir alle waren erstaunt, dass all das so schnell und unkompliziert möglich war. Wir sind wirklich in einer anderen Welt aufgewacht.

Der Traum ist aus! Die Zeitenwende, von Olaf Scholz im Frühjahr 2022 verkündet, war das genaue Gegenteil dieses Traums: 100 Milliarden Euro für Rüstung, die Gesellschaft wird auf Kriegsfähigkeit eingeschworen, und nach Meinung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), festgehalten in einem Positionspapier vom März 2024, sollen Zivilklauseln (wo vorhanden) der Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen auf Zeitgemäßheit geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Expertenkommission „Forschung und Innovation“ schlägt in ihrem Jahresgutachten 2024 vor, die bisherige Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung aufzulösen, und führt als positives Beispiel die Militäreinheit 8200 in Israel an, die sich mit KI-Gesichtserkennung zuletzt im Gaza-Krieg einen Namen gemacht hat. Die EU-Kommission schlägt in einem White Paper vom Januar 2024 vor, Forschung mit ziviler und militärischer Zielrichtung (Dual-Use-Forschung) besonders zu fördern. Zumindest die deutsche Hochschulrektorenkonferenz sieht dies in ihrer Stellungnahme sehr kritisch.

An mehr als 70 Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es explizite Zivilklauseln. Diese Zivilklauseln sind eine freiwillige Verpflichtung zu nichtmilitärischer, friedlicher For-

schung von Instituten und Universitäten und gehen zurück auf eine Erklärung des Science Council of Japan von 1950, „sich niemals in der wissenschaftlichen Forschung für Kriegszwecke zu engagieren“.

Am internationalen Großforschungszentrum CERN in Genf, wo 2012 das Higgs-Teilchen entdeckt wurde, gibt es in der Satzung ein klares Bekenntnis zu ziviler Forschung – diese dürfe „sich nicht mit Arbeiten für militärische Zwecke befassen“. Beim Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY), der kleineren CERN-Schwester in Deutschland, steht im Leitbild: Die Forschung dient ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Umso schockierter waren die Mitarbeiter von DESY, als sie bei einer Belegschaftsversammlung im Juni 2024 erfuhren, man überlege, ob dieses Leitbild noch zeitgemäß sei oder an die veränderten politischen Anforderungen angepasst werden müsse, damit militärische Forschung zugelassen werden darf. Die bayerische Staatsregierung möchte Zivilklauseln in Universitätsstatutungen sogar verbieten und erhält dafür Unterstützung von der Bayerischen Universitätenkonferenz.

Gleich nach Beginn des Krieges gegen die Ukraine wurden sämtliche wissenschaftlichen Kooperationen mit Russland auf Eis gelegt. Auch am CERN in Genf wurden Kooperationen, die schon 1955 begonnen

hatten, unter anderem auf Druck des BMBF hin ausgesetzt, mit der Begründung: National und international verfolge man das Ziel, die russische Regierung so weit wie möglich zu isolieren. Man muss sich vor Augen halten, dass es sich beim CERN um internationale wissenschaftliche Kooperationen mit rein zivilen, nichtmilitärischen Zielen handelt. Dies war ein erster Schritt dazu, die Wissenschaft in die Knebelhaft einer fragwürdigen Politik zu nehmen. Der Vorstoß des BMBF, unliebsame WissenschaftlerInnen von Förderungen auszuschließen, konnte glücklicherweise vereitelt werden.

Das Positionspapier des BMBF und der voraus-eilende Gehorsam des DESY-Direktoriums sind weitere Schritte dazu, die Wissenschaft kriegstüchtig zu machen. In Deutschland war DESY ein Symbol für friedliche Forschung, der Science-for-Peace-Idee des CERN verpflichtet, wonach Wissenschaft Brücken bauen kann, eine gemeinsame Sprache bereitstellt und Kommunikationskanäle offen hält. Es ist zu befürchten, dass eine Änderung des Leitbildes bei DESY negative Signalwirkung für alle Diskussionen um Zivilklauseln an Universitäten und Hochschulen haben wird, ganz abgesehen von den immensen Folgen für internationale Kooperationen und die internationale Reputation der Wissenschaftseinrichtungen in

**D**eutschland. Gerade die fürchterlichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs haben zur Gründung des CERN und zu Zivilklauseln geführt, um die Wissenschaft in den Dienst der Menschen zu stellen und aus dem Joch der Politik zu befreien. Die großen Aufgaben der Menschheit – Klimakatastrophe, Kriege und soziale Gerechtigkeit – lassen sich nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller bewältigen. Die Fokussierung auf Dual-Use- und Militärforschung führt in eine Sackgasse und wird die großen Probleme nur verschärfen, statt auch nur ansatzweise zur Lösung beizutragen.

Und trotzdem, auf dass der Traum Wirklichkeit wird: Viele Wissenschaftler:innen, Mitarbeiter:innen, Student:innen wollen sich ihre Zukunft nicht verbauen lassen. Im Science4Peace-Forum haben sich viele zusammengeschlossen, um gegen einen drohenden Atomkrieg, Sanktionen in der Wissenschaft und vor allem gegen die Militarisierung der Wissenschaft aufzustehen. Wissenschaftler:innen und Mitarbeiter:innen von Forschungseinrichtungen und Hochschulen starten eine Kampagne für den Erhalt von Zivilklauseln und verpflichten sich persönlich, nicht an militärischen Projekten mitzuarbeiten, ähnlich der Erklärung des Science Council of Japan von 1950. *Hannes Jung*

## Die Verachtung der Diplomatie

**H**ierzulande hat Diplomatie keinen guten Leumund (mehr). Sie wird mit Appeasement – also Beschwichtigung, die einen Aggressor belohnt und zu weiteren Aggressionen ermutigt – gleichgesetzt und damit diffamiert und verunmöglicht. Zugleich setzen viele neuerdings unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit allein auf die Militärkarte. Diplomatische Mittel werden hingegen weitgehend aus dem Handlungskanon hinausverdrängt. Wie konnte es so weit kommen?

Krieg ist nicht nur das ultimative Versagen von Politik, Krieg ist auch eine Quelle für Radikalisierung auf allen Ebenen. Selbst wenn der Einsatz militärischer Gewalt zu einem klaren politischen Zweck im Einzelfall ebenso verantwortbar sein kann, wie das Recht auf Selbstverteidigung grundsätzlich legitim ist (so der „Scheißkrieg“ (Helmut Schmidt) ist nie „Vater aller Dinge“ (der vorsokratische Philosoph Heraklit), sondern Pate aller Schlechten.

Wohin das führen kann, war auch vor gut 100 Jahren sichtbar. Nicht nur der deutsche Generalstab, auch die bürgerliche Mitte und die Intellektuellen vertrauten 1914 auf militärische Lösungen und missachteten Diplomatie. Max Liebermann, Gerhart Hauptmann, Max Planck und später auch Thomas Mann bejahten die Kriegspolitik – mit wenigstens teilweise besten Intentionen. Im September 1914 hatten rund 100 deutsche Intellektuelle einen „Aufruf an die Kulturwelt“ unterzeichnet, in dem die Einheit von Kultur und Militär postuliert wurde. Allein Hermann Hesse wies diese Kriegsrhetorik scharf zurück. In einem fulminanten Essay in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom November 1914 mit dem Titel „O Freunde, nicht diese Töne!“ argumentierte er, dass nicht der Krieg, sondern dessen Überwindung „nach wie vor unser edelstes Ziel“ sein müsse. Dafür gelte es, „Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhauen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern“. „Kaliber-Experten“, die „mit Aufgelassenheit“ und „wachsendem Ehrgeiz immer neue Waffenlieferungen fordern“, nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Spezielle mit Blick auf den Ukraine-Krieg. Bezeichnend, dass er angesichts einer Empörungswelle später erklären ließ, er selbst habe sich über seine Formulierung geärgert.

Die „akademische Kriegsbegeisterung“ (so der Historiker Wolfgang Kruse) ist genauso problematisch wie das Verhalten von einem gesinnungsethischen Extrem ins andere. Interessanterweise sind es auch heute vornehmlich

bil-dungsbürgerliche Schichten, die den Krieg moralisieren, ideologisieren und teilweise eine agitatorische Tendenz an den Tag legen. Dieser – oft wieder mit besten Intentionen – moralisierende Blick verunmöglicht aber jene politischen Lösungen, die es eines Tages wird geben müssen – und die ebene Diplomatie vorbereiten und schmieden muss. Das wusste schon der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz in seinem Buch *Vom Kriege* aus dem Jahr 1832: „Hiernach kann Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“

Die Zeit für Verhandlungen wird im Krieg gegen die Ukraine eines Tages ohnehin kommen, und die Frage lautet: Wann beginnen realistische diplomatische Initiativen, um das definierte Ziel zu erreichen? Die diplomatische Grundphilosophie könnte lauten. Solidarisch mit der Ukraine sein, aber zugleich russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen und nicht auf einen unerreichbaren Sieg gegen Russland, sondern auf einen klugen Interessenausgleich setzen. Tabu sollte sein, die Existenz der Ukraine als souveräner Staat infrage zu stellen. Verhandeln müsste man über dreierlei: erstens einen neutralen Status der Erde, der für Russland erträglich ist und zugleich Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthält. Zweitens wird es territoriale Veränderungen in der Ukraine geben, die nicht völkerrechtlich anerkannt werden, aber doch als *Modus Vivendi* akzeptiert werden müssen. Drittens sollten Sanktionen als Gestaltungselement betrachtet werden, die bei Verhaltensänderung auch aufhebar sein müssen.

Der heutige Bundespräsident Steinmeier diagnostizierte als Außenminister im September 2014 im Interview mit dem *Vorwärts* noch zu Recht, es gebe viele, „die das Werk der Zuspitzung perfekt beherrschen, und nur wenige, die sich tatsächlich um Entschärfung bemühen“. Es brauche in der Außenpolitik aber das vorsichtig tastende Agieren der Diplomatie gerade dann, wenn Lösungen nicht auf der Hand liegen. Sonst werde Außenpolitik ihrer Möglichkeiten beraubt. Eines der Missverständnisse der Debatte ist, zu glauben, dass Bekenntnisse schon Diplomatie bedeuten. Miteinander zu telefonieren ist genauso wenig Diplomatie wie das Bestehen auf Maximalpositionen als Voraussetzung für Verhandlungen. Unvereinbare Positionen zu einer gemeinsamen Position zu schmieden: Das ist Aufgabe der Diplomatie! Wir sollten es wieder als vornehme begreifen. *Johannes Varwick*